1/2023
ZKZ 7751

Familienarbeit heute

Verband Familienarbeit e.V.

Verband zur Förderung der eigenständigen finanziellen und sozialen Absicherung häuslicher Eltern- und Pflegearbeit

Designtes Aufwachsen?

Persönlich motivierte kritische Auseinandersetzung mit der frühen Kindheit im urbanen Umfeld unserer Zeit

Von Katrin U. Ernst

Verknüpft sich Kindheit und Aufwachsen im Hier und Jetzt mit Aufmerksamkeit, Geborgenheit, Hinwendung, Wertschätzung plus Vertrauen? Ist es uns wichtig, dass es so ist? Beschreiben Begriffe wie Formung, Optimierung, Anpassung, Stress und Zwang nicht zutreffender das Aufwachsen in unserer Zeit? Berührt es uns, falls es so ist? Hierzu fand ich folgende Worte von Michael Hüter: *„Am Anfang war nicht das Wort, sondern zuerst einmal die elterliche Liebe. Die familiale Sozialisation. Das ist das große Erfolgsgeheimnis des Sapiens. In den letzten Jahrhunderten hat sich der Mensch zweifelsfrei die Erde untertan gemacht. Nun ist der Mensch – zunehmend weltweit – gerade dabei, sich das Kind untertan zu machen. Nochmals: Kind ist Mensch. Alle krankhaften gesellschaftlichen Erscheinungen können Sie letztlich auf die Kindheit zurückführen.“* [1]
Genau! Kinder sind Menschen. Und besonders kleine Kinder erfahren in unserer Gesellschaft zunehmend unsagbares Leid! Die durch Corona bedingte „epidemische Lage“ mit all ihren Einschränkungen verdeckte die Problematik des Aufwachsens in einer Optimierungsblase. Ein zunächst von mir als Einzelfall gewertetes Extrem trieb mich an, in meinem urbanisierten Umfeld das charakteristische Aufwachsen zu erkunden. **Die Selbstverständlichkeit, ein Kind um seiner selbst willen zu lieben, scheint nicht mehr selbstverständlich zu sein.** Wie konnte das geschehen? Als Designer frage ich eher selten nach dem WARUM, als Mutter und Oma sieht es anders aus.

1 Rückblick

Ein Studentenpaar, das Mitte der 80er-Jahre ihr Kind nicht in einer Kinderkrippe verwahren ließ, hatte Seltenheitswert. Ein Kraftakt, den wir als Eltern dank unserer festen Überzeugung durchstanden und durchhielten.

Mein Mann und ich erlebten unsere DDR-Kindheit jeweils im Schutz der Familie. Frühkindliche Fremdbetreuung samt anderen Versuchen der Einflussnahme des Systems wurden mit viel Einfallsreichtum, Engagement, zudem Opferbereitschaft verhindert. Familie, Nachbarschaft dazu Bekanntenkreis – unsere praxisbezogene Lebensschule, welche unser Leben als Paar und als Familie bestimmte.
Liebe plus Bindung standen damals – genauso viel später Betreuung und Pflege beim Rollentausch – außer Frage.
Die Entscheidung für eine Familie ist eine Entscheidung zu einer Lebensform, mit Einfluss auf die Berufstätigkeit wie den finanziellen Spielraum, begründet in der Zeit, in der das Leben, der Alltag zunehmend segmentiert wurde – Familie da, Erwerbsarbeit dort. Auswüchse als auch Folgen früher Fremdbetreuung in den 70ern und 80ern zeigten sich bereits in der DDR, sofern Sensibilität für dieses Thema bestand. Außerfamiliäre Betreuung im Kleinkindalter unserer beiden Kinder war für uns keine Option.
Einlassen auf neues Leben gibt Kraft, zwingt zur Ruhe, zu Einhalt, zur Konzentration auf das Wesentliche sowie das Besondere im Augenblick. Dabei entstehen Stärken und Perspektiven, die wir ohne Kinder nie hätten erfahren dürfen. Ein entspanntes Umgehen im Umfeld, in der Nachbarschaft, in der Familie, zugleich etwas Nachsicht hinsichtlich anderer Positionen, schafft fassbaren Freiraum.

2 Mut + Vertrauen!

Umso bedauerlicher, ja schlicht unfassbar ist es für mich heute, dass Familienplanung und -leben technokratisch zu verkommen scheinen. So finden sich hier Begriffe, welche eher dem Management zuzuordnen sind.
Eine Entscheidung für das Leben, für Kinder ist eine Prioritätenset-

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt

Vorschau evang. Kichentag – wer macht mit? Seite 4
Unterschriftensammlung pro familiärer Kinderbetreuung Seite 5
Brief an die CDU Bundestagsfraktion Seite 8
In eigener Sache – Aufruf zur Mitarbeit Seite 10

Fortsetzung von Seite 1

zung. **Eine Verschiebung der Prioritäten hin zur Anpassung in Form von Unterordnung in Gruppen/Kreisen mag das Leben mit Kind vereinfachen, denn Normen werden durch Außenstehende – online oder real – vorgegeben. Beim Teilen oder beim Austausch der subjektiven Erfahrungen fehlt jede Form von Regulativ – genaugenommen wird es grundsätzlich ausgeschlossen.** Einmal eingeübtes Verhalten verstärkt, vielmehr steigert sich.
Vermeintliche Stabilität der Familie wird unreflektiert, überdies konformistisch mittels Drang nach sozialer Anerkennung erarbeitet. Ständige Unsicherheiten, Ängste vor Unfällen, Krankheiten, vor dem kindlichen Bedarf an Zuwendung, sind schwerlich zu übersehen. Gewissermaßen statisch, ja sicher, soll sich das Leben als Familie gestalten. Unabhängigkeit und Vielfalt im Alltag reservieren die Eltern für sich. Ansprüche und Erwartungen an ihre kleinen Kinder kommen ungerührt denen an Erwachsene gleich.
Liebe zum Kind bedeutet bedingungslos innige Verbundenheit, zugleich Hingabe und nicht das kompromisslose Einfordern kindlicher Zuneigung.
Benötigt es unzähliger Anleitungen, um einem Kind Geborgenheit und Sicherheit zu geben? Benötigt es unzähliger Vergleiche in diversen Foren bis zur blinden Ergebenheit plus Nachweis kostspieliger Lifestyleprodukte? Sind nicht weniger Aktionismus, mehr Ruhe, Besinnung mit Reflexion der eigenen Kindheit wirksam? Lebenserfahrung und natürliche Intuition gibt es nicht zu kaufen, zu googeln oder zu posten.
Wir leben doch alle in einer anonymen Massengesellschaft unter Anpassungsdruck. Viele junge Menschen sind isoliert, obwohl sie ausdauernd in Gemeinschaften primär virtuell kommunizieren. Praktika samt anderen, der beruflichen Karriere geschuldete Maßnahmen führen zu häufigen Wohnortwechseln, folglich zu Auseinander- und Nebeneinanderherleben. Die dann irgendwo verortete Kleinfamilie bietet kaum die verschiedenen erwachsenen Bezugspersonen, von denen Kinder lernen sowie Aufmerksamkeit und Wertschätzung erfahren könnten.
Mit funktionell-technokratischen Mitteln wie Kita, also Ganztagsfremdbetreuung, zwängt man lieber sich und vor allem die Kinder in eine Lebensform, die oft wenig deren Bedürfnissen und Anlagen entspricht.

3 Begeistern + Motivieren?

Alltag in seiner Vielfalt mag im ländlichen Raum punktuell von Kindern noch erlebt werden.
Auf welche Weise nehmen wir Kinder in unseren Städten wahr?
Tagsüber begegnen uns Kinderwagen, am Nachmittag gelegentlich Schulkinder, zeitig am Morgen und paradoxerweise „als letzte“ spätnachmittags, fast abends, die kleinen Kita-Kinder.
Wie nehmen diese kleinen Kinder ihre Umwelt wahr? Was beinhaltet ihre Umgebung?
Ist es nicht mehr oder weniger der Wechsel von einem abgesonderten Raum, dem Kinderzimmer in der elterlichen Wohnstätte, zu einem anderen abgesonderten Raum – die von Erwachsenen vermeintlich kindgerecht arrangierte Betreuungsstätte mit vielen Kindern gleicher Altersstufe. Dieser Ort ist gewiss mit frühem Sprachunterricht, sogenanntem die Intelligenz fördernden Spielzeug, Fremdsprachen- und Musikunterricht inklusive optimierter Ernährung verbunden bzw. ausgestattet.
Gilt es jegliche Entwicklung von Kreativität, Individualität und Spontanität erfolgreich zu erzwingen? Eigenschaften, die generell von Bedeutung sind, es weiter sein werden und nahezu jedem Kleinkind mitgegeben sind.
Was verbinden wir mit Kreativität und kindlichem Spiel?
Ist es das angewiesene Ausmalen eines Bildes? Vielleicht Bausteine nach Vorlage zusammenzufügen?
Oder denken wir hierbei an Folgendes: Die eigene Welt mit Ruhe bestaunen, Erklärungen einfordern, suchen, finden, experimentieren, Neues probieren und neugierig, wie mutig, Bekanntes hinterfragen? Entdeckerfreude geeint mit Wertschätzung?
Unsere Kinder wachsen in einer oberflächlich bunten, zugleich scheinbar vielfältigen Welt auf.
Sich mit freiem Spiel die Welt selbst erobern? Nach Anleitung in festgelegten Formaten wird mit den Kindern gebastelt, gemalt, musiziert. Spielen? Doch eher beschäftigen, also praktisch verwahren! Erfahrungen lenken die Erwartungen.
Bereits die Einbeziehung kleiner Kinder in einfache Erledigungen des Alltages bereitet Schwierigkeiten als auch Unverständnis. Nicht gemeinsam Herausforderungen angehen, sondern schablonenhaft getrennt abarbeiten. Eine weitere Chance zur Annahme des Kindes mit seinen Eigenheiten, seinen Phantasien und Ideen bleibt ungenutzt.

4 Türöffner zur Welt?

Befreien von vertrauten Verbindlichkeiten steht hoch im Kurs. Gefühlte gesellschaftliche Mobilität scheint Alternativen jederzeit verfügbar zu machen. In sozialen Medien nimmt man sich als angenommen und bestätigt wahr, nicht zuletzt auch und vor allem, wenn man es schafft, von der breiten Masse viele „Likes“ zu bekommen – ein sich selbst verstärkender, teils in sich selbst überraschend stabiler Kreislauf gegenseitiger Bestätigung der eigenen Wahrnehmung.
Familiengründung möchte vermeintlich wichtigen, generell vorgegebenen Stereotypen gerecht werden. Entsprechend des Mobiliars wird die Anleitung gesucht und gefunden. **Es mutet befremdlich an, wenn vor der Geburt eines Kindes mit deutlichem finanziellen Aufwand professionell angepriesene, ökologisch korrekte, zudem pädagogisch gelobte Grundausstattungen erworben werden und dieses Kind 12 Monate später – je nach Blickpunkt – im krassen Gegensatz dazu und ohne Bedenken nahezu den gesamten Tag an einen nicht selbst gestaltbaren Ort ausgelagert wird.**
Letztendlich wird subjektive Sicherheit, Zugehörigkeit zu einem selbstdefinierten Kreis, ja schlicht soziale Anerkennung erkauft.
Zu meinem Entsetzen instrumentalisiert man zunehmend die Kinder, hält sie als Spielzeug, mehr noch als Lifestyleprodukt.
Die sogenannte Mitte der Gesellschaft ist nicht frei von dieser Form psychischer und physischer Pein. Selbst in das Familienleben nahm die Cancel-Kultur Einzug. Vollständige Familien- oder Elternteilentziehung, Auswahl von „passenden“ Spielkameraden, nicht zuletzt die Reduktion bzw. dogmatische Auswahl der Spielsachen gehören nach meinen direkten Erfahrungen zur Norm urbanen Aufwachsens. Zum energischen Einfügen in die selbsterfundene Welt passt keine auch nur dezent andere Anschauung.
Positives Denken und ein konstruktives Miteinander werden nicht kommuniziert.

5 Resümee

Diese für mich traurige und erschreckende Analyse, sollte einen Ansatz, einen Weg, ein Resultat hervorbringen! Entsprechende Herangehensweisen kann ich als Designer jedoch nur dort einsetzen, wo zielorientiert gearbeitet werden soll, wo es ein Interesse zur Lösung gibt.
Interesse resultiert aus Problembewusstsein, Neugier, Offenheit und Austausch.
Seit der beginnenden Industrialisierung leben wir losgelöst von direkter produktiver Arbeit zwecks existenziellen Erhalts. Inzwischen, in der Phase zunehmender Digitalisierung, lösen wir uns fast vollständig von der Familie als dem individuellen, spezifischen Fundament unseres Daseins. Damit entzieht man den Nachwachsenden nichts weniger als die Möglichkeit, im Laufe ihres Lebens auf die erfahrene Basis zurückzugreifen.
Kleine Kinder wachsen nicht mehr in innigen, wie in der Vielfalt ver-

lässlichen Gemeinschaften auf. In einer synthetischen, kompromisslosen, intoleranten und so „harmonisierten“ Welt verwahrt man sie.
Als ewig gestrig oder absurd wird Familienverbundenheit plus Bodenständigkeit kommuniziert.
Alles ist optimierbar und damit anpassbar für diese Welt – alles muss optimierbar und damit anpassbar sein? Auch die Kinder?
Etwas zu designen bedeutet u.a. das Optimieren von Objekten bzw. Prozessen. Das heutige Aufwachsen empfinde ich als einen von außen vorgegebenen Prozess, auf den einige Eltern anscheinend nur noch marginalen Einfluss haben wollen.

Quellen:
1 Michael Hüter, „Evolution durch Liebe“, 3. Stiftungstag „Elternschaft und Beziehungskultur. Beziehung als Grundlage für Erziehung“, 23.11.2019, Hans-Joachim Maaz – Stiftung Beziehungskultur, Halle/Saale

Katrin U. Ernst ist Designer im Bereich strategischer und systemischer Planungen und Mitglied des Projektes ufim = Unser Faszinosum innovativer Methoden = aktuelle Technologien erklären und erfahrbar machen, damit ihre Vorteile verstanden und angewandt werden können. www.ufim.info

Berichtigung und Ergänzung zur Kolumne S.8 in der Ausgabe 4/2022

Ein kritischer Leser machte mich auf eine Unkorrektheit aufmerksam, die hier gerne berichtigt und ergänzt wird. Die Empfehlung der Fachverbände lautet, dass durch Elternbeiträge 20% (nicht 30%!) der den Städten und Gemeinden durch die Kinderbetreuung entstehenden Kosten getragen werden sollten.

Elternbeiträge in Kindertagesstätten – Fortschreibung der Landesrichtsätze für 2022/2023:
„Die Vertreter des Städtetags, Gemeindetages und der Kirchenleitungen sowie der kirchlichen Fachverbände in Baden-Württemberg haben sich im Mai 2022 auf die Erhöhung der Elternbeiträge im Kindergartenjahr 2022/2023 verständigt.“
„Die Sicherstellung des Angebots schlägt besonders durch die hohe Inflationsrate, die sich auf die Investitions- und Sachkosten auswirkt, aber auch durch steigende Personalkosten finanziell zu Buche. Die Vertreter des Städtetages, Gemeindetages und der Kirchenleitungen haben sich vor diesem Hintergrund darauf verständigt, bei ihrer gemeinsamen Empfehlung zur Fortschreibung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2022/2023 die benannten Kostensteigerungen zumindest teilweise zu berücksichtigen und empfehlen eine Erhöhung der Elternbeiträge pauschal um 3,9 Prozent.“
In der Gemeinde, von der in der Kolumne die Rede ist, wurde von der Verwaltung ein Sprung von 9% vorgeschlagen und nach reichlicher, auch kontroverser Diskussion, vom Gemeinderat genehmigt. Hintergrund war eine lange Zeitspanne der Gebührenstabilität. Trotz der nun spürbaren Erhöhung der Elternbeiträge zum Januar 2023 liegt die Kostendeckung der Kinderbetreuung in dieser Kommune nur bei etwa 10%, wenn man Abschreibungen, Zinsen, Betriebs- und Personalkosten insgesamt berücksichtigt. Damit trägt der Steuerzahler 90% der tatsächlichen Kosten.
Im ersten geschilderten Fall handelt es sich um ein sehr gut doppelt verdienendes Elternpaar, das für ihre ein- und vierjährigen Kinder jeweils 50! Betreuungsstunden gebucht hat. Ob das dem Kindeswohl dient, dem Familienleben oder eher einem modernen neo-marxistischen Lebensstil?
Die politischen Entscheidungsträger sollten sich bei der nächsten anstehenden Erhöhung der Elternbeiträge insbesondere für die besonders zu schützenden U3 Kinder einsetzen und u.a. den Fachkräftemangel als Argument nutzen, die Öffnungszeiten der Kitas zugunsten der älteren Kinder nicht zu kürzen und gegebenenfalls eher die der Kleinsten auf die gesetzlich garantierten 30 Wochenstunden Betreuungszeit zu begrenzen.

Ute Steinheber

WIR MISCHEN UNS EIN
– AUS DER AKTUELLEN PRESSEARBEIT UNSERES VERBANDES –

Pressemeldung vom 06.12.2022

Ist die Kinderkrippe eine Bildungsbremse?

Der aktuelle IQB-Bildungstrend schildert eine Verschlechterung des Bildungsniveaus von Viertklässlern, also der 10-Jährigen, im Verlaufe des letzten Jahrzehnts in Deutschland[1]. Das dürfte z.T. durch Corona und die Zunahme von Migrantenkindern bedingt sein. Da der Rückgang aber schon vor Corona und vor dem Flüchtlingsstrom einsetzte, erklärt das nicht alles. Wird 10 Jahre zurückgerechnet, durchlebten die betroffenen Kinder ihre ersten Lebensjahre zur Zeit der „neuen Familienpolitik“ mit Verkürzung des zwei-jährigen Erziehungsgeldes zum einjährigen Elterngeld und Ausbau der Krippenbetreuung. Der belastende Einfluss von Kinderkrippen auf Lernen und Bildung ist in verschiedenen Studien bereits gut belegt. Daher ist es naheliegend, dass der Ausbau der Krippenbetreuung zur Verschlechterung des späteren Bildungsniveaus der Viertklässler beigetragen hat.
Auf diesem Hintergrund ist eine neue Arbeit des ifo-Instituts interessant[2]. Sie zeigt, dass die Ausweitung der Elternzeit von 5 auf 12 Monate für erste Kinder im Jahr 1986 in der früheren DDR dazu führte, dass die ab 1986 geborenen Erst-Kinder später eine deutlich höhere Lebenszufriedenheit haben als die zuvor geborenen. Daraus ist zu schließen, dass die bessere Bindung zu den Eltern im ersten Lebensjahr zu einer größeren Lebenszufriedenheit führt.
Im Umkehrschluss ist zu schließen, dass von einer Verkürzung der Elternzeit (mit Verlängerung der Krippenzeit) eine später geringere Lebenszufriedenheit zu erwarten ist. Lebenszufriedenheit im Kindesalter ist aber die beste Grundlage für Bildungsbereitschaft. Auch daher ist es naheliegend, dass die „Krippenoffensive“ im vorletzten Jahrzehnt eine Ursache für die seitherige schulische Verschlechterung der Viertklässler ist. Es ist Zeit, diesen Zusammenhang durch objektive wissenschaftliche Studien vorurteilsfrei abzuklären. Für die Verschlechterung der schulischen Leistungen muss nicht unbedingt die Schule verantwortlich sein. Die Ursache kann auch eine schwächere Lernmotivation sein, als Folge einer geringeren Lebenszufriedenheit aufgrund mangelnder Bindung zu den Eltern. Die Rolle des frühkindlich erworbenen Bindungsmusters für den späteren Schulalltag wird ohnehin auch in der pädagogischen Literatur gewürdigt[3].

1. https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2021
2. https://www.ifo.de/DocDL/ifoDD_20-02_07-09_Heisig.pdf
3. https://paedagogisches-institut-berlin.de/bindung-und-lernen/die-bedeutung-der-bindungstheorie-fuer-die-schule-und-den-unterricht/

Zusammenfassung J. Resch

Petition zur Kinderbetreuung in Bayern

Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) in Bayern hat eine Petition mit dem Titel „Familiäre Kinderbetreuung fördern – Kitas entlasten“ auf den Weg gebracht. Sie kann über die Webseite der ÖDP Bayern eingesehen und bis Oktober 2023 von in Bayern wohnenden Bürgern gezeichnet werden. Die Seite 6 dieser Zeitung ist als Liste gedacht zum offline-Sammeln von Unterschriften im Freundes- und Bekanntenkreis. Bitte mitmachen!

Vorschau Evangelischer Kirchentag[1] in Nürnberg - Wer macht mit?

Unter der Losung „Jetzt ist die Zeit. Hoffen. Machen“ wird in der Zeit vom 07.-11.06.2023 in Nürnberg der 38. Evangelische Kirchentag stattfinden. Im Programm stehen neben liturgisch/theologischen und kulturellen auch gesellschaftspolitische Veranstaltungen zum Thema „Kinder und Familie“, das bekanntlich für unseren Verband von großer Bedeutung ist. Unter diesem Gesichtspunkt beschlossen die anwesenden Mitglieder auf unserer letzten Jahreshauptversammlung am 24.09.2022 in Stuttgart die Teilnahme an dem Evangelischen Kirchentag.

Heutzutage bietet neben den digitalen Medien auch weiterhin eine Life-Veranstaltung wie der Kirchentag die attraktive Möglichkeit, Ziele und Inhalte unseres Verbandes der Öffentlichkeit zu präsentieren. Allerdings ist die Teilnahme an einer solchen Veranstaltung nicht kostengünstig und eine Prognose zum Erfolg kaum möglich. Daher gilt es, die Grundsätze des wirtschaftlichen Handelns unter Berücksichtigung einer Kosten-Nutzen-Abschätzung zu beachten.

Um dieser Forderung gerecht zu werden, wird im Nachfolgendem erörtert, warum die Präsenz unseres Verbandes auf dem Kirchentag sinnvoll ist.

Markt der Möglichkeiten

Der Markt der Möglichkeiten ist im Deutschen Evangelischen Kirchentag die Plattform, auf der gemeinnützige Initiativen, Gruppen und Organisationen aus Kirche und Gesellschaft ihre Arbeit kreativ, dialogisch und im wechselseitigen Respekt darstellen. Dieser Markt steht – unbeschadet der Eigenverantwortung der an ihm teilnehmenden Gruppen – unter der Gesamtverantwortung des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

Die einzelnen Marktgruppen – unser Verband ist Teil der Marktgruppe Gesellschaft und Bildung – leisten einen inhaltlichen Beitrag zur Gesamtthematik des Deutschen Evangelischen Kirchentages, die in Losung, Themenbereichsüberschriften und theologischen Schriften dokumentiert ist. Vor diesem Hintergrund stellen sie ihre inhaltlichen Anliegen, Projekte, Ideen in den überdachten Hallen des Messegeländes vor.

Mitgliederwerbung durch den Messestand

Unser Verband steht für eine Offensive zugunsten der Familie, denn ihr kommt in Staat und Gesellschaft die tragende Funktion zu. Als kleinste Einheit unserer Gesellschaft ist sie das Fundament für deren Erfolg und Zukunftsfähigkeit. Eine INSA-Studie[2] vom Juni 2022 offenbart, dass – obwohl die Wertschätzung von politischer Seite zu wünschen übrig lässt – das klassische Familienmodell weiterhin nicht nur sehr beliebt ist, sondern dass es auch die höhere persönliche Zufriedenheit bringt im Vergleich zu Menschen, die keine Familie gegründet haben oder dies planen.

Wem die Stärkung der Familie eine Herzensangelegenheit ist, der hat oft das Gefühl im gegenwärtigen politischen Umfeld einen aussichtslosen Kampf zu führen. Es sollte unser Ziel sein, solche Menschen auf dem Kirchentag zu erreichen. Aber wie?

Laut statistischen Analysen[3] aus den letzten 20 Jahren sind für den Kirchentag 2023 Besucherzahlen in Höhe von ca. 140.000 zu erwarten, wobei sich die Altersstruktur im Mittel wie folgt zusammensetzt[4]:

- unter 18 Jahren: 22,7 %
- 18 – 29 Jahre: 24,5 %
- 30 – 39 Jahre: 10,9 %
- 40 – 49 Jahre: 16,2 %
- 50 – 59 Jahre: 15,3 %
- 60 – 65 Jahre: 7,5 %
- über 65 Jahre: 7,9 %

Betrachtet man die Altersgruppe zwischen 30 und 49 Jahren (27,1 % der Besucher), also den Bereich in dem in Deutschland in der Regel Familien gegründet werden, so könnten viele Eltern beim Besuch unseres Standes über das Anliegen unseres Verbandes – nämlich die Honorierung der elterlichen Betreuungs- und Erziehungsarbeit – informiert werden. Wünschenswert wäre es, Besucher/Eltern im persönlichen Gespräch von unseren Inhalten zu überzeugen und als Mitglieder zu gewinnen. Dies setzt allerdings voraus, dass unser Standpersonal über gute Sachkenntnisse verfügt und ausreichend Informationsmaterial bereithält.

Nun unsere Anfrage an unsere Mitglieder:

Wer hat Interesse, die Inhalte unseres Verbandes auf dem Evangelischen Kirchentag zu vertreten?

Wer könnte Unterkünfte für unser Standpersonal in der Zeit vom 07.06.-11.06.2023 in der Nähe des Kirchentages zur Verfügung stellen? Vorschläge sollten bitte bis zum 24.03.2023 an unseren Schatzmeister erfolgen. Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sollte vorhanden sein.

Weiterführende Fragen beantwortet unser Schatzmeister, Herr Stuhrmann, gerne per Mail unter f.stuhrmann@kabelmail.de oder per Telefon 02644 8080063.

Hinweise:

[1] *Der Evangelische Kirchentag ist keine Veranstaltung der evangelischen Amtskirche, sondern eine Bewegung evangelischer Laien, die alle zwei Jahre die gleichnamige mehrtägige Großveranstaltung durchführt. Der Deutsche Evangelische Kirchentag versteht sich als eine freie Bewegung von Menschen, die der christliche Glaube und das Engagement für die Zukunft von Kirche und Welt zusammenführt. Er ist institutionell unabhängig von den evangelischen Kirchen.*

[2] *Studie „Befragung zur Familienarbeit“ im Auftrag von INSA Consulere, Juni 2022*

[3] *https://de.statista.com/statistik/daten/studie/155469/umfrage/entwicklung-der-anzahl-der-teilnehmer-bei-evangelischen-kirchentagen/*

[4] *https://fowid.de/meldung/teilnehmer-evangelischen-kirchentage*

Existenzminimum

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. BVerfG 87, 153 [169]) muss dem Steuerpflichtigen nach Erfüllung seiner Einkommensteuerschuld von seinem Erworbenen zumindest so viel verbleiben, wie er zur Bestreitung seines notwendigen Lebensunterhalts und – unter Berücksichtigung von Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) – desjenigen seiner Familie bedarf (Existenzminimum).“

Für 2023 wurde das steuerliche sächliche Existenzminimum für Kinder auf 6.024 Euro, für 2024 auf 6.384 Euro festgelegt.

(www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Steuern/14-existenzminimumbericht.pdf?_blob= publicationFile&v=7), S. 2 und S. 15

Petition an den Bayerischen Landtag gemäß Art. 115 BV:

Familiäre Kinderbetreuung fördern – Kitas entlasten

An den
Bayerischen Landtag
Frau Präsidentin Ilse Aigner MdL

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

bitte leiten Sie diese Petition an die zuständigen Gremien des Bayerischen Landtags weiter.
Die unterzeichnenden Bürgerinnen und Bürger ersuchen den Bayerischen Landtag, folgenden Beschluss zu fassen oder anzustoßen:

Die familiäre Erziehungsarbeit für Kinder unter drei Jahren wird durch eine Vergütung honoriert und aufgewertet. Im Anschluss an das Elterngeld des Bundes soll das Land Bayern zwei Jahre lang ein monatliches Landeserziehungsgeld zahlen, das den staatlichen und kommunalen Kosten eines Krippenplatzes pro Kind und Monat entspricht. Dieses erhöhte Landeserziehungsgeld soll den Eltern ohne finanzielle Zwänge die freie Entscheidung ermöglichen, ob sie ihre unter dreijährigen Kinder familiär betreuen oder in eine öffentliche Kita geben.

Begründung:

Auf die Aussage von Sozialministerin Ulrike Scharf, dass „das System Kinderbetreuung die Belastungsgrenze überschritten“ habe, kann es nach Ansicht der Unterzeichnenden nur eine vernünftige Antwort geben: Die familiäre Kinderbetreuung muss endlich finanziell so anerkannt werden, dass Eltern sich frei entscheiden können, ob sie ihr Kind bereits unter drei Jahren in die Kita schicken wollen oder sich doch lieber selbst die Zeit für die familiäre Betreuung der Kleinsten nehmen. Um das möglich zu machen, muss der finanzielle Druck von den Familien genommen werden.

Die Lebensspanne von 0 bis 3 Jahren legt das seelische Fundament für das ganze Leben, das überwiegend über die seelische Bindung zu den Eltern aufgebaut wird. Eltern sind die primären Bezugspersonen. Sie kennen ihre Kinder am besten und können in aller Regel ihre Bedürfnisse gut erkennen. Die Bindung von unter Dreijährigen an die Eltern ist von großer Bedeutung. Verhaltensauffälligkeiten sind häufiger, wenn Eltern zu wenig Zeit für ihre Kinder haben. Wer familiäre Erziehungsarbeit leistet, tut also enorm viel für die Gesellschaft. Die einseitige Förderung öffentlicher Betreuung schränkt die Eltern ein. Der Staat soll und muss Krippenplätze bereitstellen, aber er soll den Eltern die Wahlfreiheit ermöglichen.

Diese Wahlfreiheit würde auch die Kitas entlasten und dazu beitragen, dass der Betreuungsschlüssel eingehalten und verbessert werden kann. Und genau das wäre auch wichtig, weil gute Beziehungserfahrungen und sichere Bindung nur mit festen Bezugspersonen und einem optimalen Betreuungsschlüssel möglich sind. Größere Gruppen und mehr geringer qualifiziertes Personal, wie zuletzt vorgeschlagen, sind nicht die richtige Antwort auf den dramatischen Fachkräftemangel in den Kitas.

Dezember 2022

Agnes Becker, Tobias Ruff, Martha Altweck-Glöbl, Daniela Blankenburg, Johanna Seitz, Urban Mangold

mit weiteren Unterzeichnern/innen

Familiäre Kinderbetreuung fördern, Kitas entlasten

Das Landeserziehungsgeld soll den Eltern die freie Entscheidung ermöglichen, ob sie ihre unter dreijährigen Kinder familiär betreuen oder in eine öffentliche Kita geben. Mehr Infos auf: www.oedp-bayern.de

#ÖDP #orangeaktiv #petition #kita

Die unterzeichnenden Personen sind damit einverstanden, dass die Petition in einer öffentlichen Sitzung behandelt wird.

Name Vorname	Straße, Haus-Nr. PLZ, Ort	Meine E-Mail für ÖDP-Newsletter	Unterschrift

Bitte bis 01.02.2023 zurücksenden an ÖDP, Heuwinkel 6, 94032 Passau, 0851/2009-1960, www.oedp-bayern.de

Verband Familienarbeit e.V.

Verband zur Förderung der eigenständigen finanziellen und sozialen Absicherung häuslicher Eltern- und Pflegearbeit

Verband Familienarbeit
Gertrud Martin • Seb.-Kneipp-Str. 110 • 78048 VS-Villingen

An die Präsidentin des VdK-Verbands
Frau Verena Bentele
Linienstr. 131
10115 Berlin

Vorsitzender
Dr. med. Johannes Resch
Bürgermeister-Stöcklein-Straße 9
76855 Annweiler

☎ 06346 / 9890628
E-Post: Johannes.Resch@t-online.de

Villingen-Schwenningen, den 21.11.2022

Betrifft: Ihre Stellungnahme zur Absicht der Bundesregierung, die weibliche Erwerbsbeteiligung zu fördern – Artikel in der VdK-Zeitung vom März 2022

Sehr geehrte Frau Bentele,

zum internationalen Frauentag 2022 veröffentlichte die VdK-Zeitung auf der Titelseite einen Artikel „Kinder, Küche, keine Karriere“. Dazu meldet der Verband Familienarbeit e.V. sich kritisch zu Wort.

Zweifellos ist es gut und richtig, dass es Lobbyverbände gibt, die die Interessen ihrer Mitglieder offensiv vertreten. Allerdings sollte dies mit Augenmaß und Blick auf das soziale Ganze geschehen. In dem o.g. Artikel werden Sie mehrfach zitiert, z.B.: „Doch wenn etwa die Minijob-Grenze angehoben wird und steuerliche Anreize wie das Ehegattensplitting erhalten bleiben, werden Frauen sich weder aus Teilzeitfallen noch aus alten Rollenbildern befreien“. An anderer Stelle fordern Sie, die Arbeit in der Familie fair zu verteilen, ein „Rückkehrrecht in Vollzeit nach Teilzeitphasen“, den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und Ganztagsschulen, sowie „familienfreundliche Arbeitszeiten“. Diese Forderungen und die dahinterstehenden falschen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit sind in Politik, Gesellschaft und Medien bereits zum Ohrwurm geworden, werden dadurch aber nicht richtiger. Nach unserer Überzeugung dokumentieren sie eine problematische Auffassung vom Wert der Familie als tragendem Pfeiler nicht nur der Wirtschaft und unseres Sozialsystems, sondern unserer Gesamtgesellschaft. Die in den Familien geleistete Betreuungs- und Erziehungsarbeit ist das Fundament dieses Pfeilers! Und es ist ein handfester Skandal, dass diese Arbeit den Eltern immer noch unentgeltlich abgefordert wird, obwohl doch dieselbe Arbeit – wenn sie von öffentlichen Betreuungseinrichtungen übernommen wird – durch Elternbeiträge und hohe staatliche Zuschüsse finanziert wird. Warum fördert der Staat einseitig nur die Fremdbetreuung und lässt die selbst betreuenden Eltern leer ausgehen? Damit treibt er beide Eltern in die Erwerbsarbeit oder in die Armut und dazu, ihre Kinder baldmöglichst nach der Geburt in fremde Hände zu geben. Diese Bevormundung der Eltern verstößt eindeutig gegen die Vorgaben unseres Grundgesetzes Art 6.2, in dem festgelegt ist, dass der Staat nicht berechtigt ist, verschiedene Arten der Betreuung ungleich zu fördern.

Die Forderung, die Betreuungs- und Pflegearbeit innerhalb der Familie „fair“ zu verteilen, mutet wie ein schlechter Witz an. Was ist „fair“, wenn Ungerechtigkeit anders verteilt und dadurch das Gesamteinkommen der Familie weiter geschmälert wird, weil der Mann meist das höhere Erwerbseinkommen hat? Was ist „fair“, wenn Kinderlose voll erwerbstätig sein können, während Eltern ihre unbezahlte Familienarbeit mit einer bezahlten Teilzeitarbeit „vereinbaren“ sollen? Auch das Schlagwort „Vereinbarkeit“ ist eine Irreführung, denn in Wirklichkeit werden durch die gesteuerte Auslagerung der Erziehungsarbeit aus der Familie die Eltern, aber besonders die Mütter diskriminiert, die diese Arbeit zum gesunden Aufwachsen der Kinder selbst tun wollen.

Erlauben Sie bitte abschließend noch einen Blick auf die Situation der Kinder. Die Wissenschaftler aus der Hirn- und Entwicklungsforschung warnen dringend davor, durch zu frühe Fremdbetreuung den U3-Kindern die Möglichkeit zu nehmen, eine feste Bindung zu Mutter/Vater aufzubauen. Diese Bindung und die daraus gewonnene Selbstsicherheit sind entscheidend für die spätere Bildungsfähigkeit und das Neugierverhalten der Kinder. Diese sollten bis zu ihrem 3. Geburtstag in der Obhut ihrer Herkunftsfamilie bleiben können. Eine verantwortungsbewusste Elternarbeit ist auch im Interesse der Wirtschaft zu fördern, um leistungsfähige und -bereite Nachwuchskräfte zu sichern.

Das Fazit aus den geschilderten Sachverhalten ist in einem einfachen Satz zusammenzufassen:

Würde die elterliche Erziehungsarbeit in den ersten drei Jahren annähernd „fair“ bezahlt, z.B. durch ein verlängertes Elterngeld und starke Steuererleichterungen in Form eines Familiensplittings, so kämen wir einer familienfreundlichen Gesellschaft deutlich näher!

Mit freundlichen Grüßen

Gertrud Martin
im Auftrag des Vorstands

Verband Familienarbeit e.V.

Verband zur Förderung der eigenständigen finanziellen und sozialen Absicherung häuslicher Eltern- und Pflegearbeit

Verband Familienarbeit
Gertrud Martin • Seb.-Kneipp-Str. 110 • 78048 VS-Villingen

Vorsitzender
Dr. med. Johannes Resch
Bürgermeister-Stöcklein-Straße 9
76855 Annweiler

☎ 06346 / 9890628
E-Post: Johannes.Resch@t-online.de

An die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
des Deutschen Bundestages

Annweiler, 23.11.2022

Betr.: Papier des CDU-Landesverbands NRW zur Bildungspolitik vom 25.10.2022

Sehr geehrte Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages,
als Verband Familienarbeit e.V, beobachten wir mit Sorge, dass die Familienpolitik durch Klimadiskussion, Corona und Krieg in der Ukraine immer noch weiter in den Hintergrund gedrängt wird, als das ohnehin schon seit Jahren der Fall ist. Das gilt sowohl für die gegenwärtige Ampel-Regierung als auch für die oppositionelle CDU/CSU. Auch die Antwort der NRW-CDU auf von unserem Verband vor der letzten Landtagswahl versandten Wahlprüfsteine ließ keine Hinweise auf eine zukunftsfähige Familienpolitik erkennen. Unsere gezielten Fragen nach einer Gleichberechtigung von Eltern in unserer Gesellschaft wurden lediglich mit Worthülsen ohne konkrete Aussagen beantwortet. Wir nehmen ein neues Papier der CDU in NRW zur Bildungspolitik[1] zum Anlass, um uns damit näher auseinanderzusetzen. Der NRW-Landesverband der CDU ist mit Abstand der größte Landesverband und macht fast ein Drittel des Bundesverbandes aus. Damit sagt seine Haltung auch etwas über die Bundes-CDU aus.
Der IQB-Bildungstrend 2021[2] verglich den Ausbildungsstand der aktuellen Viertklässler in den Fächern Deutsch und Mathematik mit dem der Viertklässler von 2011 und 2016. Dabei wurde ein deutlicher Abfall der Leistungen zwischen 2011 und 2016 und nochmal bis 2021 erkennbar. Dieser Abfall begann damit schon vor Corona und lässt sich auch nicht allein mit dem steigenden Migrantenanteil erklären. Wodurch dieser Abfall vor allem verursacht sein könnte, wird im Papier nicht weiter hinterfragt.
Die letzten Jahrgänge der Viertklässler durchlebten ihre ersten Lebensjahre zu Beginn der „neuen Familienpolitik“ mit der zeitlichen Kürzung des zwei-jährigen Erziehungsgeldes zum einjährigen Elterngeld und massiv ausgebautem Krippenangebot für 2- und 3-jährige Kinder. Aus großen Verlaufsuntersuchungen, z.B. der NICHD-Studie aus den USA[3] wissen wir, dass die soziale Entwicklung der Kinder mit umso größeren Risiken verbunden ist, je früher und länger sie in den ersten drei Lebensjahren fremdbetreut wurden. Kinderärzte und besonders Kinderpsychologen weisen heute nahezu übereinstimmend daraufhin, dass die ersten drei Lebensjahre entscheidend für die tragfähige Bindung zu den Eltern sind. Eine enge Bindung zu mindestens einer Bezugsperson ist die beste Voraussetzung für die Selbstsicherheit der Kinder als Grundlage späteren schulischen Lernens. Es ist damit naheliegend, dass auch ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der „neuen Familienpolitik“ und der Verschlechterung der schulischen Leistungen besteht. Als Verband haben wir bereits darauf hingewiesen, dass hier ein dringender Forschungsbedarf besteht, um diese Zusammenhänge zu klären[4]. Es spricht ja ohnehin Vieles dafür, dass sich die „neue Familienpolitik“ vor allem an den Interessen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes und weniger am Kindeswohl orientiert. Aber weder die Antwort auf unsere Wahlprüfsteine noch das neue Papier lassen erkennen, dass sich die CDU-Führung in NRW überhaupt mit den neueren wissenschaftlichen Ergebnissen, die nicht nur aus der NICHD-Studie, sondern auch vielen anderen Arbeiten zu entnehmen sind, auseinandergesetzt hat.
Im Papier der CDU in NRW wird eingangs mit Recht auf den zunehmenden Arbeitskräftemangel aufgrund der „demographischen Fakten“ hingewiesen. Auch den Hinweis im Papier, diese Situation gefährde sowohl den aktuellen Wohlstand als auch im Besonderen unser soziales Sicherungssystem, halten wir für voll berechtigt.
Aber trotz dieser zutreffenden Zustandsbeschreibung fehlt eine Analyse der Ursachen. Deshalb ist von dieser CDU auch keine wirklichkeitsnahe Lösungsstrategie zu erwarten. Dem Titel entsprechend befasst sich das Papier ausschließlich mit der Bildungspolitik. Bildung ist sicher wichtig. Aber die beste Bildungspolitik geht ins Leere, wenn es nicht genügend bildungsfähigen Nachwuchs gibt. Wenn eine Gesellschaft weniger Kinder erzieht, können auch nur weniger Arbeitskräfte nachwachsen. Auch Zuwanderung kann da keinen Ersatz schaffen.
Angesichts unserer aktuellen Situation ist Kindererziehung heute sogar wichtiger als Erwerbsarbeit, wenn unsere Gesellschaft eine Zukunft haben soll. Die im Papier der NRW-CDU geforderte stärkere Förderung der ohnehin weit überbewerteten Erwerbsarbeit durch eine nur erwerbsbezogene Bildungspolitik muss zur weiteren Abwertung der elterlichen Erziehungsarbeit führen und die Probleme weiter verschlimmern. Das wird auch deutlich am Narrativ “Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Was nach außen als Hilfe für Eltern verkauft wird, ist in Wirklichkeit ein Programm zur Diskriminierung der Eltern und besonders der Mütter. Die „Vereinbarkeit“ ist eine Sonderbelastung für Eltern, denn Erwerbstätige ohne Kinder müssen nichts „vereinbaren“. Die Forderung der „Vereinbarkeit“ überhöht die Erwerbsarbeit weiter zu Lasten der Erziehungsarbeit. Das wird sowohl vom marxistischen wie vom kapitalistischen Denken gefördert. Beides stellt die kurzfristig ertragreichere Erwerbsarbeit in den Vordergrund, während die Kindererziehung kaum beachtet und den Eltern unentgeltlich abgefordert wird. So hat schon die Adenauer‘sche Rentenreform 1957 die Alterssicherung von der Kindererziehung abgekoppelt und an die Erwerbsarbeit gebunden, obwohl die Renten seitdem ausschließlich von den

erwerbstätig gewordenen Kindern zu bezahlen sind und nicht etwa von den eigenen Beiträgen der späteren Rentenbezieher selbst bezahlt werden. Das hat die Eltern enteignet und Kinderziehung faktisch zur Fronarbeit für die Restgesellschaft gemacht.
Ein solches Denken führt kurzfristig zu einem höheren Wohlstand, weil bei weniger Kindern viel Geld gespart und für den Konsum frei wird. Das funktioniert allerdings nur so lange, bis sich der Mangel an nachwachsenden Arbeitskräften bemerkbar macht. Dann schlägt das Ganze in eine Wirtschaftsrezession um, was auch durch keine Bildungspolitik ausgleichbar ist.
Eine wirklichkeitsbezogene Bildungspolitik muss neben den herkömmlichen Erwerbsberufen auch die Leistung der elterlichen Kindererziehung im Blick haben. Eine Gesellschaft, die das unterlässt, landet unweigerlich in einer ausweglosen Situation, wie sie sich heute bereits abzeichnet.
Gegen Ende des Papiers wird behauptet, für die CDU bleibe die Wahlfreiheit der Eltern „im Focus“. Tatsächlich übt aber die milliardenschwere staatliche Finanzierung der Fremdbetreuung bei gleichzeitiger Nichtfinanzierung der elterlichen Betreuung eine Sogwirkung aus, die einer Bevormundung der Eltern gleichkommt, was auch mit dem Elternrecht nach Art. 6 (Abs. 2) des Grundgesetzes unvereinbar ist. Besonders schwerwiegend wirkt sich das im U3-Alter aus, weil nach allem, was wir heute wissen, die frühe Trennung des Kleinkindes von den Eltern die Entstehung einer festen emotionalen Bindung behindert, die aber Grundlage für späteres Selbstbewusstsein und Bildungsstreben ist.
Hintergrund ist ein völlig falsches Verständnis von Gleichberechtigung der Geschlechter, das lediglich die traditionell männlich geprägte Erwerbsrolle zum Maßstab nimmt. Die Erziehungsarbeit ist aber für die nachhaltige Funktion einer Gesellschaft ebenso wichtig wie Erwerbsarbeit. Dieses einseitige Denken diskriminiert auf breiter Front alle Eltern und besonders die Frauen. Gleichberechtigung kann niemals durch bloße Gleichstellung im Erwerbsleben erreicht werden, sondern nur durch die ideelle und finanzielle Gleichstellung der elterlichen Erziehungsarbeit mit der herkömmlichen Erwerbsarbeit. Auch die zunehmende Auslagerung der Kindererziehung aus der Familie in Kinderkrippen, Ganztagskindergärten und Ganztagsschulen ist keine Lösung. Sie verhindert die Wahlfreiheit der Eltern, indem sie diese dazu drängt, schon ihre Kleinkinder in Krippen zu geben, unabhängig davon, ob sie das für richtig halten oder nicht. Wenn wir aber die neueren wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigen, zwingt das nicht nur die Eltern in ein vorgegebenes Korsett, sondern wirkt sich auch meist ungünstig auf die kindliche Entwicklung aus. Die abfallenden Leistungen der Viertklässler dürften hier einzuordnen sein.
Bei vorurteilsfreier Betrachtung könnte man vermuten, das CDU-Papier stamme von der rot-grün-gelben Bundes-Regierung. Die Rolle der Familie für die Zukunft der Gesellschaft und das Glück der Menschen werden hier wie dort ignoriert. Damit ist dieses Papier keine Alternative zu vergleichbaren Papieren der Ampelregierung und ebenso wenig zukunftsfähig.
Fazit
Wir müssen eine Familienpolitik anstreben, die weder die Krippen-Politik der DDR weiterführt, noch die Familie als Reservoir für Arbeitskräfte für die Wirtschaft nutzen will. Es ist vielmehr die Gleichbewertung der Erziehungsarbeit mit Erwerbsarbeit zu fordern und zwar unabhängig davon, ob die Erziehungsarbeit durch die Eltern selbst oder außerhalb der Familie erfolgt. Wenn der garantierte Krippenplatz für das 2. und 3. Lebensjahr den Staat etwa 1200 €/Monat kostet, steht dieses Geld auch den selbst betreuenden Eltern zu. Die grundgesetzlich verbriefte Wahlfreiheit der Eltern erfordert, dass dieses Geld den Eltern ausgehändigt wird, damit sie selbst entscheiden können, ob sie damit die Eigenbetreuung oder eine Fremdbetreuung ihrer Wahl (Kinderkrippe, Tagesmutter, Großmutter u.a.) finanzieren.
Das gilt zumindest für die ersten drei Jahre, für die es keine sachliche Begründung für eine Höherbewertung der Krippenbetreuung gibt. Gesichtspunkte des Arbeitsmarktes dürfen nicht höher bewertet werden als Kindeswohl und Elternrecht.
Von einer solchen Politik ist eine höhere Geburtenzahl zu erwarten. Gleichzeitig würde zwar der gesellschaftliche Wohlstand vorübergehend etwas gedämpft, weil mehr Ressourcen durch die Kinder in Anspruch genommen würden. Aber es ist der einzige Weg, auf lange Sicht die demographische Schieflage zu korrigieren und damit auch den Mangel an nachwachsenden Arbeitskräften zu beheben. Wenn sich Eltern in einer wirtschaftlich entspannten Situation um ihre Kinder kümmern könnten, ohne auf Kinderkrippen angewiesen zu sein, würde das nicht nur der Wahlfreiheit der Eltern dienen, sondern auch die Erziehungsbedingungen für die Kinder verbessern. Schlussendlich würde es Kinder und Eltern glücklicher und zufriedener machen, ihre Gesundheit fördern und auch dadurch unser Sozialsystem entlasten.
Die Idee der sogenannten „frühkindlichen Bildung“ in der Krippe ist angesichts der notwendigen Bindung der U3-Kinder an die Eltern wirklichkeitsfremd. In den ersten Jahren ist die Sprachentwicklung von besonderer Bedeutung. Diese wird aber nicht im Kontakt mit anderen Kleinkindern gefördert, sondern durch die enge Beziehung zu erwachsenen Bezugspersonen.

Mit freundlichen Grüßen

Gertrud Martin
im Auftrag des Vorstands

Quellen:

1 „Nordrhein-Westfalen zum Bildungsland Nummer 1 machen“,Aachener Erklärung der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen vom 25. Okt 2022
2 IQB-Bildungstrend2021, Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich
3 NICHD Study of Early Child Care; Längsschnitt-Studie ab 1991; Hier wurden über 1300 Kinder ab Geburt bis zum Alter von 15 Jahren begleitet.
4 Pressemeldung des Verband Familienarbeit vom 27.10.2022, https://familienarbeit-heute.de/beeintraechtigt-die-krippenbetreuung-von-u3-kindern-deren-spaetere-schulische-entwicklung-elternverband-fordert-klaerung
5 Study of Early Child Care

Verband Familienarbeit e.V. – AnsprechpartnerInnen

Bundesvorstand

Bundesvorsitzender
Dr. Johannes Resch, Bürgermeister-Stöcklein-Str. 9, 76855 Annweiler
Telefon 0 63 46 / 9 89 06 28
E-Post: jresch@familienarbeit.org

Stellvertretende Bundesvorsitzende
Beri Fahrbach-Gansky,Georg-Elser-Weg 14
74564 Crailsheim, 0 79 51 / 96 25 02
E-Post: bfahrbach-Gansky@familienarbeit.org

Ute Steinheber, Ahornstr. 15
75382 Althengstett, Tel. 0 70 51 / 48 10
E-Post: usteinheber@familienarbeit.org

Schatzmeister
Franz Josef Stuhrmann,
Ohlenberger Weg 6, 53545 Ockenfels
Tel. 0 26 44 / 8 08 00 63
E-Post: f.stuhrmann@kabelmail.de

Beisitzerin
Gertrud Martin, Seb.-Kneipp-Str. 110
78048 VS-Villingen, Tel. 07721 / 56124
E-Post: gertrudmartin36@gmail.com

Geschäftsstelle

Nicole Kühn, Weidachstr. 1,
87549 Rettenberg
E-Post: nicolet.kuehn@gmx.de

Materialstelle

Gertrud Martin (siehe Redaktion)

Redaktion „Familienarbeit heute"

Gertrud Martin, Sebastian-Kneipp-Str. 110
78048 VS-Villingen, Tel.0 77 21/5 61 24
E-Post: gertrudmartin36@gmail.com

Internet-Portal

www.familienarbeit-heute.de

Weitere Kontaktstellen

Bundesweit vertreten Mitglieder die Interessen unseres Verbandes. Wer eine/n Ansprechpartner/in in der Nähe des eigenen Wohnortes sucht, wende sich bitte an den Bundesvorsitzenden Dr. Johannes Resch (siehe oben). Er stellt gerne einen Kontakt her.

*Ge*schickte Briefe

Re „Brief Bildung in Krippen"

Guten Tag Frau Richter,
seit Bestehen unseres Verbandes vor über 40 Jahren kämpfen wir um die Anerkennung der Familienarbeit als Arbeit und deren gerechte Bezahlung. Nur dadurch erhalten Eltern die freie Entscheidung, ob sie ihre Kinder eine zeitlang selbst erziehen oder diese Arbeit an andere delegieren wollen. Das derzeitige Elterngeld ist bekanntlich lohnabhängig und damit eine Entschädigung für entgangenes Einkommen. Arbeit ist es nur, wenn andere sie für unsere Kinder machen.
Was mich am meisten ärgert, dass diesen Eltern bei einer Bezahlung ihrer Familienarbeit unterstellt wird, sie würden nur Alkohol und Flachbildschirme von dem Geld kaufen. Ein wenig wurde bei Corona sichtbar, dass Kinder nicht nur so nebenbei zu betreuen sind. Merkwürdig auch wenn bei der häuslichen Pflege von Missbrauch keine Rede ist und dort je nach Pflegegrad für die Dauer der gesamten Pflegezeit bezahlt wird. Auch hält man das Argument: alte Menschen würden am liebsten zu Hause gepflegt, für sehr wichtig. Kleinstkinder hingegen kann man nicht fragen, sie wählen nicht und würden mit Sicherheit ebenso am liebsten bei ihren Eltern zu Hause bleiben.
Auffallend auch, dass bei verschiedenen Affenarten die Jungen von Natur aus oft drei manche sogar sieben Jahre bei der Mutter bleiben. Würde dies ignoriert, wären sofort die Tierschützer auf der Matte.
Bei uns geht es nur um wirtschaftliche Interessen von Firmen, die (billige) Arbeitskräfte brauchen. Da sind Kinder nur hinderlich. Mir ist noch gut im Gedächtnis, wie unsere westliche Presse sich über die Krippenpolitik in der DDR aufregte. Die armen Kinder, die morgens schon so früh aus dem Bett gerissen wurden, um in fremde Hände gegeben zu werden und die alle in Reih und Glied auf dem Töpfchen ihre Notdurft verrichten mussten. Wir lernten damals auf einem Polenurlaub ein Ehepaar kennen, das bewusst seine Kinder nicht in die Krippe gab. Der Mutter wurde Faulheit und Schmarotzertum an der Gemeinschaft unterstellt. Und jetzt haben wir das gleiche hier bei uns. Hoffentlich gehen unsere Kinder einmal nicht so mit uns um, wie wir mit ihnen.
Ich wünsche Ihnen eine schöne Vorweihnachtszeit und alles Gute im neuen Jahr.
Wiltraud Beckenbach

Zu dem Beitrag „Gut leben im Alter – Was muss Frau tun?" auf Seite 8 der Fh 4/2022 erreichte uns ein Leserinnenbrief:

Vorbild kann diese Veranstaltung meiner Meinung nach nur sein, wenn auf die Aussage von Familienministerin Scharf: „Aber es gilt noch immer: Frauen gehen öfter in Teilzeit. Sie verringern eher ihre Stundenzahl im Beruf, um unbezahlte Arbeit zuhause zu leisten." ganz klar geantwortet wird:
„Bei der „unbezahlten Arbeit zuhause" wird gesellschaftlich not-wendige Reproduktions-Arbeit geleistet. Es muss endlich darüber nachgedacht werden, dass die Haus-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit für Kinder und pflegebedürftige Angehörige steuer- und sozialabgabenpflichtig entlohnt werden muss, um den sog. „gender pay gap" im Alter zu verringern.
Nicht nur die Altersarmut, sondern auch der Betreuungs-Notstand in den Kindertagesstätten sowie in Alten- und Pflegeheimen könnten damit beseitigt werden."
Aber das wird nicht kommen, so lange sich so wenige Frauen dafür einsetzen, und so viele Frauen mit Schafsgeduld die Ungleichbehandlung ertragen, bzw. bereit sind, mit enormem Energie-Einsatz die Dreifach-Belastung weiterhin zu stemmen.
Irmi Staehler
Systemische Familientherapeutin (HPG)

In eigener Sache

Liebe Fh-Leserinnen und -Leser,
wir vom Fh-Redaktionsteam vermissen ein wenig Ihre LeserInnenbriefe. Haben Sie Anregungen, Ideen, konstruktive Kritik für unsere Zeitschrift? Wollen Sie einen Kommentar abgeben?
Dann schreiben Sie doch einfach an die Redaktion „Familienarbeit heute" <gertrudmartin36@gmail.com> und CC an <ute.steinheber@familienarbeit.org> oder an eine der anderen im Impressum angegebenen Adressen.
Gerne können Sie uns auch Briefe zukommen lassen, die Sie zum Thema unbezahlte Familienarbeit an PolitikerInnen oder die Medien geschickt haben.
Danke! Ihr Fh-Redaktionsteam

Familienarbeit heute
Herausgeber: Verband Familienarbeit e.V.
www.familienarbeit-heute.de
Redaktionsanschrift: Gertrud Martin,
Sebastian-Kneipp-Str. 110
78048 VS-Villingen, Tel. 07721/56124
E-Post: bundesvorstand@familienarbeit.org

Redaktion für diese Ausgabe:
Gertrud Martin (verantw.); Wiltraud Beckenbach,
Silke Bürger-Kühn. Fotos: Privat.

Erscheinungsdatum dieser Ausgabe:
Februar 2023

Satz und Layout: Revellio, Druck und Medien
Druck: Revellio, Druck und Medien Gmbh, Villingen

Familienarbeit heute erscheint vierteljährlich. Der **Bezugspreis** ist im Mitgliedsbeitrag (45 Euro/Jahr) enthalten.

Jahresabonnement: 15 Euro einschließlich Versand

Alle Rechte vorbehalten. Sämtliche Inhalte sind urheber/innenrechtlich geschützt. Nachdruck – in unveränderter Form und mit Quellenangabe – erwünscht. Belegexemplare werden gern entgegengenommen. Mit Namen gekennzeichnete Artikel sind nicht unbedingt identisch mit der Meinung der Redaktion oder des Verbandes. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Bitte geben Sie auf LeserInnenbriefen – auch auf E-Mails – Ihre Adresse und Telefonnummer an. Kürzungen behalten wir uns vor. Bei veröffentlichten Briefen trägt die Redaktion die presserechtliche, aber nicht die inhaltliche Verantwortung.

Für alle genannten Internetadressen, Verweise / Links und dortigen Inhalte gilt die Version zum Zeitpunkt der Drucklegung.

Redaktionsschluss für Ausgabe 02/2023:
25. April 2023

Mitgliedsbeitrag / Spenden

Der Verband Familienarbeit e.V. ist als gemeinnützig anerkannt. Sowohl die Mitgliedsbeiträge als auch Spenden sind steuerlich absetzbar (nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG und § 3 Nr. 6 GewStG laut Feststellungsbescheid des Finanzamtes Villingen-Schwenningen vom 23.01.2019, Steuer-Nr.: 22102 / 64112).
Bis zu einem jährlichen Gesamtbetrag von 200 Euro gelten als Nachweis die Kopien Ihrer betreffenden Bankauszüge. Der Verband finanziert sich (neben der ehrenamtlichen Arbeit) ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Wir bitten deshalb sehr um Ihre Spende und sagen herzlichen Dank dafür!

Volksbank eG
IBAN: DE25 6649 0000 0025 4109 04
BIC: GENODE61OG1

BÜCHERKISTE

Florian von Rosenberg

Die beschädigte Kindheit

Das Krippensystem der DDR und seine Folgen

C.H. Beck München, 2022 | 288 Seiten, 18 Euro | ISBN 9783406791994

Das Buch referiert die Geschichte des Krippensystems in der DDR von 1950 bis zur Wende 1989. Immer wieder erinnert diese Lektüre an die ähnliche Entwicklung in der Bundesrepublik seit der Jahrtausendwende, als Wiederholung der 50 Jahre früher in der DDR eingeführten kollektiven Kinderbetreuung. Von Rosenberg zeigt, dass die Bedenken gegenüber den Kinderkrippen, die heute besonders von Kinderärzten geäußert werden, bereits in der DDR eine Rolle spielten. Allerdings beschränkten sich vorsichtige kritische Ansätze gegenüber den Kinderkrippen in der DDR auf die wissenschaftliche Diskussion in Fachzeitschriften, deren Inhalt nicht bis in die für die allgemeine Bevölkerung zugänglichen Medien vordringen durfte. Auch der Verband der Kinderärzte wurde zu „linientreuen Stellungnahmen“ genötigt. Z. B. äußerte der Vorstand des DDR-Kinderärzteverbandes noch 1982: „Die Kinderkrippen sind unverzichtbar für die sozialistische Gesellschaft, für die Gleichberechtigung der Frau“. So wurde die kritische Haltung vieler DDR-Kinderärzte abgewürgt.
Am Ende der DDR gab es dort eine umfangreiche Erfahrung mit den Kinderkrippen, die in akademischen Arbeiten auch ihren Niederschlag fand. So beschrieb bereits 1980 die Doktorandin Karin Hortmann in Ostberlin, dass „die sprachlichen und geistigen Fähigkeiten der Familienkinder signifikant über denen der Tageskrippenkinder“ lagen. Aber auch diese Erkenntnisse durften nicht in die damalige politische Diskussion in der DDR einfließen. Nach Westdeutschland drangen sie dagegen gar nicht vor. Kennzeichnend ist allerdings, dass diese DDR-Erfahrungen im Rahmen der nach der Jahrtausendwende auf gesamtdeutscher Ebene erfolgten Propagierung der Kinderkrippen auch in den vom „Westen“ übernommenen Medien nicht thematisiert wurden. Unsere aktuelle Familienpolitik zeigt sich da in keiner Weise lernfähig, sondern setzt praktisch die DDR-Ideologie fort. Allerdings ist festzustellen, dass diese jetzt auch von vielen unserer Wirtschaftslobbyisten mitgetragen wird, die über eine möglichst volle Erwerbsarbeit beider Eltern ihren Profit erhöhen wollen. Zu DDR-Zeiten wurden die Krippen von denselben Kräften noch als „Teufelszeug“ behandelt. Hortmanns Ergebnisse sind nicht eine in Frage zu stellenden „Zuordnung“, sondern stützen sich auf seriöse Erhebungen. Der Autor des Buches selbst nennt die aktuelle Krippenpolitik im Nachwort „geschichtsvergessen“. Obwohl die Kritik an den Kinderkrippen heute sicher offener und mit geringerem Risiko geäußert werden kann als in der DDR, besteht eine überraschende Ähnlichkeit im Umgang der „Mainstream-Medien“ mit dem Thema im Sinne des Verschweigens der bereits in der DDR dokumentierten nachteiligen Folgen. Das Grundübel liegt hier erneut darin, dass die staatliche Finanzierung ausschließlich in die Krippen fließt, während die Erziehung durch die Eltern keine Honorierung erfährt. Angeblich sei Gleichberechtigung der Frau nur über die Gleichstellung im Erwerbsleben möglich. Dieser Gleichklang ist erstaunlich, da unsere Mainstream-Medien nicht so streng gesteuert werden, wie das in der DDR der Fall war. Der Inhalt des Buches ist gerade hinsichtlich der aktuellen Politik ein Weckruf, ist also nicht nur von historischer Bedeutung.

Johannes Resch

Irene Götz (Hrsg.)

Kein Ruhestand

Wie Frauen mit Altersarmut umgehen

Verlag Antje Kunstmann | 317 Seiten, 20 Euro | ISBN 978-3-95614-292-5

Nicht nur sein Umfang macht dieses Buch als Bettlektüre ungeeignet. Die gut recherchierten Fallbeispiele rauben einem den Schlaf. Es geht um vor allem westdeutsche Frauen, die dem gesellschaftlichen Leitbild der 50er und 60er-Jahre und dem Beispiel ihrer Mütter folgend, zugunsten der unbezahlten häuslichen Erziehungsarbeit für ihre Kinder ganz oder teilweise auf eine bezahlte Erwerbsarbeit verzichtet haben. Mit Minirenten bekommen sie nun die Quittung dafür, dass sie für dieses schändliche Alterssicherungssystem den Nachwuchs aufgezogen haben. Die meisten der 18 Interviewten müssen inclusive Aufstockung durch Grundsicherung oder Wohngeld von etwas über 1000,- € Monatseinkommen leben. Die offizielle Armutsgrenze liegt bei 1350,- €. Am Beispiel München wird gezeigt, dass viele – um über die Runden zu kommen – ihr vertrautes Umfeld verlassen müssen, um irgendwo im Umland eine bezahlbare Bleibe zu finden. Sie schämen sich ihrer Armut im Wissen darum, dass man ihnen diese als „selbstverschuldet“ anrechnet. Auch heute noch sitzen die Frauen (ggf. Männer, die sich in die Falle namens Gleichberechtigung locken lassen) zwischen den beiden Stühlen „unbezahlte Familienarbeit“ und „bezahlte Erwerbsarbeit“. Wie lange noch?

Gertrud Martin

Der Kinderwagen

Mütter, Väter – so diverse Modebücher –
hüllt uns Kinder gern in bunte Tücher!
Tragt uns im Chaos, brüll, krach, brumm,
eng am Körper, warm herum!

Schiebt den Kinderwagen zu uns hingewandt,
sehend, ob wir schlafen, ob wir wachen!
Ja! Ihr wollt uns sehen und anlachen?
Bitte, darf ich spielen gleich im Sand?

Auch Oma schiebt und spricht mit mir:
„Siehst du, mein Schatz, die Vöglein fliegen?
Siehst du die Bäume im Wind sich wiegen?
Hörst du die Fröschlein im Teiche quaken?
Weißt du, was sich die Eichhörnchen sagen?“
O ja! Oma liebt mich, ich danke ihr!

Ich will nicht sitzen andersrum.
Wo Autos lärmen und surren,
wo Biker sausen und murren,
so große Hunde uns begegnen.
Auch weiß ich nicht, mit wem ihr redet.
Schiebt mich doch bitte richtigrum.

Es ist doch heut‘ so schnell gemacht:
moderne Sitze, mit einem Klack.
Vertrautes Gesicht! Ich schlaf‘ gleich ein.
Lasst mich einfach bei euch sein!

Ein unbekanntes Kind

Wir sagen Danke!

Zum 31. Dezember 2022 hat Frau Gudrun Nack aus privaten Gründen endgültig ihr Engagement für die Geschäftsleitung des Verband Familienarbeit e.V. beendet. Wir sind darüber sehr traurig, denn wir verlieren mit ihr eine stets gewissenhafte und zuverlässige Mitarbeiterin, mit der wir uns freundschaftlich verbunden fühlen. Wir wünschen Frau Nack für Ihre neuen Vorhaben eine glückliche Hand und gutes Gelingen.

Gertrud Martin
im Auftrag des Vorstands des Verband Familienarbeit e.V.

AGF: die Familienverbände unter einem Dach

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist ein Zusammenschluss verschiedener Einzelverbände:

- Deutscher Familienverband (DFV) e.V.
- evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf) e.V.
- Familienbund der Katholiken (FDK) e.V.
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) e.V.
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf)
- Zukunftsforum Familie (ZFF) e.V.

Am 24.01.2023 informierte die AGF in einer Pressemitteilung darüber, dass es mit dem aktuellen Beitritt des Zukunftsforums Familie (ZFF) sechs Mitglieder gebe und dass die Federführung für 2023 und 2024 turnusmäßig an den Deutschen Familienverband (DFV) e.V. mit seinem Vorsitzenden Klaus Zeh weitergegeben worden sei.

Die Verantwortlichen im Verband Familienarbeit e.V. haben in der Vergangenheit immer wieder überlegt, ob es nicht sinnvoll wäre, der AGF beizutreten, um entsprechend stoßkräftig zu werden. Aber bei näherem Hinsehen stellte sich heraus, dass die meisten der Mitgliedsverbände der AGF und die AGF selbst hohe staatliche Zuschüsse bekommen.

Aus eigener leidiger Erfahrung wissen wir, dass man sich schwer tut damit, an der aktuellen, sozialistisch geprägten Familienpolitik des frühen Auslagerns der Kindererziehung aus der Familie etwas ändern zu wollen. Quer durch alle im Bundestag vertretenen Parteien findet man kein Gehör und erntet als Antwort auf entsprechende Bemühungen nur Höflich-Belangloses. Aber zu erwarten, dass ein staatlich hoch subventionierter Verband sich wirklich mit der Politik anlegt, ist sicherlich blauäugig.

„Die Anpassung der Frauen an sozial etablierte Männermacht ist ein bedenkliches Hindernis für die Entwicklung der Menschheit.“

Gerda Weiler